

## Weiter Wirbel um Psychologengesetz

**Unterstützt von Trommeln und Pfiffen protestierten am Mittwoch zwischen dem Kunst- und dem Naturhistorischen Museum rund 200 Personen gegen das geplante Psychologengesetz. Sie kritisierten in Sprechchören die „undemokratische Vorgangsweise“.**

Die Demonstranten forderten die gemeinsame Erarbeitung eines besseren Gesetzes. Den dem Nationalrat vorliegenden Entwurf lehnt der Verband der Psychotherapeuten - der die Demo im Zuge eines Aktionstages organisiert hatte - vehement ab, weil er Eingriffe in den Berufsbereich befürchtet.

In der Begutachtung gab viele kritische Stellungnahmen. Über 100 davon waren bis Mittwoch im Parlament eingelangt, allein an die 30 Psychotherapeuten machten in teils gleichlautenden Schreiben ihrem Ärger Luft. Die Stellungnahmen müssten ernst genommen werden und das Gesetz gemeinsam mit den Experten substanziell überarbeitet werden, forderten die Psychotherapeuten.



Foto/Grafik: APA/Roland Schlager

Kundgebung im Zuge des Aktionstages „Stopp zum neuen Psychologengesetz“

### Exklusive Einbindung der Psychologen in der Kritik

Zentraler Kritikpunkt blieb auch in den Stellungnahmen der vorgesehene Tätigkeitsvorbehalt der Psychologen für die klinisch-psychologische Diagnostik, durch den sich die Therapeuten, aber auch die Psychiater auf den beruflichen Schlipps getreten fühlen. Sie befürchten, Diagnosen künftig nicht mehr selbst stellen zu dürfen - was die Verfasser des Gesetzes in Abrede stellen.

Gefordert wird zudem eine klare Abgrenzung zwischen klinisch-psychologischer Behandlung und der Psychotherapie. Was die Therapeuten wie viele andere Kritiker zusätzlich ärgert, ist der aus ihrer Sicht überhastete Gesetzwerdungsprozess unter exklusiver Einbindung der Psychologen.

### Auch Ärztekammer äußerte Vorbehalte

Auch eine Vielzahl an Berufsverbänden meldete sich mit großteils ablehnenden Stellungnahmen zu Wort, neben dem Bundesverband für Psychotherapie etwa auch die Österreichische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie und jene für Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin.

Vorbehalte äußerten auch die Wiener Uniklinik für Psychoanalyse und -therapie, die Ärztekammer, der Hauptverband der Sozialversicherungsträger, die Rechtsabteilung der Wiener Medizin-Uni sowie eine Gruppe von 20 Universitätsprofessoren für Psychiatrie und Psychotherapie sowie Leitern psychiatrischer Einrichtungen.

Kleiner war die Zahl der positiven Stellungnahmen. Zustimmung kam etwa von der Sigmund Freud-Privatuniversität, der Arbeitsgruppe Klinische Psychologie an der Uni Wien oder dem Psychologenforum.

## Weitere Verhandlungen im Parlament

Ob das Gesetz bereits kommende Woche im Parlament beschlossen wird, war am Mittwoch weiter offen. Im Gesundheitsministerium hieß es gegenüber der APA, dass die Begutachtungsstellungen nun geprüft und eingearbeitet würden. Man habe nie die Intention gehabt, die bestehenden Rechte anderer Berufsgruppen zu beschränken, betonte ein Sprecher.

Im Parlament liefen unterdessen weitere Verhandlungen, wobei für SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser noch nicht klar war, ob sich der Beschluss vor der Sommerpause noch ausgeht oder nicht. „Es muss klar festgelegt sein, dass die Psychologen nur das tun können, wofür sie auch ausgebildet sind“, betonte sie. Derzeit fehlten diese Festlegungen zur psychologischen Behandlung im Entwurf.

Publiziert am 26.06.2013